

N I E D E R S C H R I F T

zur 17. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011

am Donnerstag, den 31.01.2008.

Sitzungsbeginn: 20:05 Uhr

Sitzungsende: 21:50 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Heijo Hoß, Jost-Hendrik Kisslinger, Konrad Ammenhäuser (ab 20.15 Uhr), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Christina Krantz, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Elisabeth Wege, Hilmar Stahl

SPD-Fraktion

Stephan Wenz, Kurt Barth, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Tanja Kraft, Barbara Muzzolini, Jürgen Rabenau

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider, Reinhard Ahrens, Ansgar Kraiker

FDP-Fraktion

Christian Fischer, Gunter Heuser

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün, Winfried Laucht

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Alexander Steiß

SPD-Fraktion

Werner Knobloch, Hans-Herbert Pletsch, Lothar Potthoff, Reiner Sauer

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Muth, Stefan Bug (1. Beigeordneter), Rainer Tägl, Karl-Heinz Kraft, Kurt Wenz, Otto Weimar, Helge Fuhr, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz

Es fehlten:

Reinhard Karber, Svenja Bierl, Dagmar Kemmerling

Schriftführer:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Niederschrift Nr. 16 vom 20.12.2007**
3. **Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;
Bericht des Bürgermeisters**
4. **Haushaltssatzung 2008 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)
20/23/2007/06-11**
5. **Übergabe der innerörtlichen gemeindlichen Abwasseranlagen an den
Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke
00/39/2007/06-11**
6. **Prüfantrag der SPD hinsichtlich eines Wechsels der Stromenergielieferanten
20/1/2008/06-11**
7. **Anfragen**
8. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.05 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung. Er begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Schriftführerin und die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde.

Von 31 Mitgliedern der Gemeindevertretung waren zunächst 24 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Folgenden Mitgliedern der Gemeindevertretung bzw. des Gemeindevorstandes gratulierte der Vorsitzende nachträglich zum Geburtstag:

Elisabeth Wege, Matthias Happel, Dr. Christian Dittrich, Hans J. Heuser.

Der Vorsitzende erklärte, dass ihm ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Aufnahme auf die Tagesordnung vorliege. Er bat den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Jost-Hendrik Kisslinger, den Antrag vorzustellen:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, bei der weiteren Vergabe der Grundstücke im Mischgebiet „Unterm Hundsrück“ in Roth seine Entscheidungen gegenüber Kaufwilligen derart abzuwägen und zu bewerten, dass Käufern, die eine wohnhausähnliche Bebauung wie z.B. Arztpraxen oder Kanzleien planen sowie auch privaten Interessenten im Hinblick auf die Verträglichkeit mit der angrenzenden Wohnbebauung Vorzug geben wird.

Die Gemeindevertretung ist über das weitere Vorgehen und den Stand der Veräußerungen regelmäßig und unverzüglich zu informieren. Ebenso ist bei den zukünftigen Planungsschritten der Ortsbeirat in Roth zu informieren.

Zur Begründung führte der Fraktionsvorsitzende aus, dass in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 23.01.2008 Bürgermeister Muth auf Anfrage mitgeteilt habe, dass bis zum derzeitigen Zeitpunkt keine weiteren Flächen neben der von einem Investor bereits gekauften Fläche für die

Errichtung eines Restaurants, einer Tankstelle und einer Waschanlage veräußert worden seien.

Gerade im Hinblick auf die in diesem Gebiet angrenzenden Wohnhäuser der Bürgerinnen und Bürger und deren Wohnqualität erscheine es seiner Fraktion als dringend notwendig, die Veräußerung an oben beschriebene Interessenten voranzutreiben.

Es sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Gemeinde für die adäquate Vermarktung des Gebietes unter Berücksichtigung auf die Situation der Menschen vor Ort habe. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch der Ortsbeirat Roth hinsichtlich der Ausgestaltung des Baugebietes nicht entsprechend zeitnah informiert worden sei.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ sodann darüber abstimmen, ob die Tagesordnung hinsichtlich dieses Dringlichkeitsantrages erweitert werden solle:

Beschluss: Antrag auf Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der CDU-Fraktion:
Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

Da für die Änderung der Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder, sprich 21 Ja-Stimmen, notwendig ist, wurde die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung abgelehnt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Hoß, berichtete, dass Gemeindevertreterin Heike Sauer ihr Mandat in der Gemeindevertretung zum 31. Dezember 2007 niedergelegt habe. Er dankte Frau Sauer für die Parlamentsarbeit und ganz besonders für ihr Engagement rund um die Partnergemeinde Slupca/Polen.

Als Nachrücker für die CDU-Fraktion begrüßte er ganz herzlich Herrn Hilmar Stahl aus Niederweimar.

2. Niederschrift Nr. 16 vom 20.12.2007

Die anwesenden Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter bat er, in der Überschrift die „15. Sitzung“ abzuändern in „16. Sitzung“ der Gemeindevertretung.

Beschluss

Die Gemeindevertretung beschließt die Niederschrift Nr. 16 der Sitzung vom 20.12.2007 in der vorliegenden Fassung.

Beratungsergebnis: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

3. Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand; Bericht des Bürgermeisters

- a) Beschluss über die Umsetzung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 08.11.2007, als Alternative zum Wegfall der Berme dem ASV eine Radwegeverbindung im Bereich der künftigen Kreisstraße zu realisieren.
- b) Beschluss über die weitere Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung bzgl. Haushaltssatzung 2008 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm).
- c) Beschluss, der Empfehlung des Gemeindebrandinspektors zu folgen, die vier geringfügigen Einsätze der Feuerwehr während des Sturms Kyrill nicht zu berechnen und auf einen Gebührenbescheid in diesen Fällen zu verzichten

sowie mit der Berechnung der Einsätze und Erstellen der Gebührenbescheide für die Leistungen der Feuerwehr gegen die jeweiligen Straßenbaulastträger bis zur Klärung der Rechtslage (max. bis zum Ende der Verjährungsfrist) zu warten.

- d) Beschluss über die Ehrung verschiedener Sportler und Vereine für die Sitzung der Gemeindevertretung am 20.12.2007.
- e) Beschluss über die Planungen der Ganztagsbetreuung während der Sommerferienspiele 2008 gem. den Vorlagen der Jugendpflege.
- f) Beschluss über die Beförderungsmaßnahme eines Busbetriebes von Niederweimar zum Kindergarten Oberweimar mit der Maßgabe, möglichst ein günstigeres Angebot zu erreichen.
- g) Beschluss, die Umsetzung des Projektes Naturschutz unter der Voraussetzung, das ebenfalls die Nachbarkommunen Marburg und Fronhausen positiv unterstützen, zu befürworten. Die Zustimmung aller Beteiligten wie z.B. die Landwirtschaft, Jagdgenossenschaft, Jagdpächter etc. wird hierbei ebenfalls als gegeben vorausgesetzt.
- h) Beschluss, grundsätzlich eine ingenieurmäßige Betreuung (z.B. Fachkraft der Stadtwerke oder Ing.-Büro) für die gemeindliche Abwasseranlagen bis zur Höhe der Rücklage (27.000,- €) im Haushaltsjahr 2008 zu beauftragen bzw. zu vergeben.

4. **Haushaltssatzung 2008 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)**

Drucksache: 20/23/2007/06-11

Das Wort erhielt zunächst der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Stephan Wenz.

Herr Wenz wies zunächst noch einmal darauf hin, dass mit dem Haushalt 2008 der letzte kameralistische Haushalt vom Parlament zu verabschieden sei. Dann würde mit Begriffen wie Produkten, Ressourcenverbrauch und Ressourcenaufkommen als Bestandteile der doppelten Buchführung haushalterisches Neuland betreten.

Trotz der negativen Prognosen und der wiederholten Erhöhung der Kreisumlage und der aufgrund des notwendig gewordenen Kindergartenneubaus Niederweimar verbundenen Kreditaufnahme von 1,86 Mio. €, sei der Haushalt gut gelungen. Es habe eine Neuverschuldung für 2008 abgewendet werden können, jedoch sei der Spielraum für Investitionen drastisch eingeschränkt.

Seine Fraktion freue sich über den hohen Ansatz zur Förderung der Vereine, die ein wichtiger Baustein für das Zusammenleben in einer lebenswerten Gemeinde ausmachen. Der Ansatz der Feuerwehren könne unverändert hoch bleiben, was sich sicher auf Motivation, Ausstattung und Ausbildungsstand positiv auswirken werde.

Trotz Geldmittelknappheit könnten einige Renovierungen in den Kindergärten erfolgen, und das Konzept des Jugendpflegers könne aufgrund eines unveränderten Ansatzes als herausragend im Landkreis Marburg-Biedenkopf bezeichnet werden.

Vorgesehen seien 100.000,- € für die „Region Marburger Land“. Hier seien 50.000,- € als Einnahme zu verzeichnen, und mit der Gründung des Verbandes sei ein wesentlicher Schritt zur Entwicklung der Region mit Partnergemeinden

getan, denn aufgrund der interkommunalen Zusammenarbeit werde auch eine Bereicherung in anderen Bereichen zu verzeichnen sein.

Erfreulich finde seine Fraktion die Bereitstellung der ersten Mittel für die Dorferneuerung Allna. Er bat alle Verantwortlichen, ihre Wünsche gegenüber der Gemeindevertretung transparent zu gestalten, so dass für die Dorfentwicklung reale Ansätze möglich würden.

Problemkinder, so Herrn Wenz, seien weiterhin die Bürgerhäuser. Da nun erstmalig innere Verrechnung im Zusammenhang mit der unentgeltlichen Nutzung durch heimische Vereine und Organisationen vorgenommen werde, erhalte man erstmals einen monetären Überblick über die tatsächliche Nutzung der Bürgerhäuser. Durch die doppelte Haushaltsführung werde hier die Transparenz weiter steigen und Zukunftsplanungen ermöglichen.

Bezüglich der Abwasserentsorgung führte Herr Wenz aus, dass der Haushaltsansatz auf Einnahme- und Ausgabenseite ausgeglichen erscheine. Die Rücklage aus den Abwassergebühren werde angesichts der notwendigen Betreuung der innerörtlichen Abwasseranlagen mangels verwaltungseigener Kräfte durch die Beauftragung von Fremdkräften aufgebraucht bzw. darüber hinaus gehen, da diesbezüglich jährliche Kosten in Höhe von 55.000,- € anfallen werden. Darüber hinaus schlug die Digitalisierung der Bestandspläne im Zusammenhang mit der Anlage einer Kanaldatenbank schätzungsweise mit 30.000,- € zu Buche.

Darüber hinaus werde die doppelte Erfassung und Bewertung der Kanalanlagen in diesem Jahr einmalig ca. 12.000,- € ausmachen, die dann im Nachtragshaushalt zu erfassen sein werden.

Seine Fraktion empfinde es gegenüber den Bürgern unaufrichtig, den jetzigen Gebührensatz von 2,81 € pro m³ für Abwasser als sicher zu bezeichnen.

Ein weiterer Kostenfaktor sei der Bereich der Kanalsanierung. Zahlen aus dem Jahre 2001 gingen von einem offenen Auftragsvolumen von 2,14 Mio. € aus, aufgrund Preissteigerungen könne man eher 2,6 Mio. € annehmen.

Die erforderliche Befahrung zur digitalen Erfassung werde die aktuellen Schadensbilder feststellen, über deren Ausmaß er nicht einmal ansatzweise spekulieren wolle. Seine Fraktion sehe daher die Vergabe der innerörtlichen Abwasseranlagen an einen Zweckverband für zeitlich unaufschiebbar an. So sehe der Abwasserverband Marburg in seinem Vertragsangebot Konzessionszahlungen in Höhe von 3,4 Mio. € vor. Dieser Betrag sei angemessen am Gesamtvolumen des aktuellen Haushalts im Bereich des Verwaltungshaushaltes von 9,7 Mio. € und im Bereich des Vermögenshaushaltes von 2,1 Mio. € eine nicht zu vernachlässigende Zahl. Allein die Zinslast der nächsten 15 Jahre für den Neubau des Kindergartens in Niederweimar werde jährlich schätzungsweise 75.000,- € betragen. Es stelle sich für ihn daher die Frage, ob die Gemeinde sich die Selbstverwaltung der Abwasseranlagen noch leisten könne. Nach seiner Meinung sei hier der politische Wunsch mit den vorgenannten sachlichen Feststellungen nicht zu verwirklichen. Es bleibe daher abzuwarten, wie der Investitionsplan im diesjährigen Ansatz über die nächsten Jahre realisierbar sei.

Seine Fraktion werde der Haushaltssatzung 2008 mit ihren Anlagen zustimmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Jost-Hendrik Kisslinger, sprach zunächst Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung aus, die

die umfangreichen Arbeiten zur Erstellung der Unterlagen zum diesjährigen Haushalt vorbereitet hätten.

Herr Kisslinger führte aus, dass der Haushalt in der Sitzung des HFWA behandelt wurde und dort breite Zustimmung erfahren habe. Das läge hauptsächlich daran, dass eine weitestgehende Fortschreibung der Werte des vergangenen Haushaltes zu verabschieden gewesen sei. Allerdings vermisse seine Fraktion, wie auch bereits im vergangenen Jahr, neue Gestaltungselemente im Haushalt. Bis auf die deutliche Erhöhung der Mitarbeitergehälter gebe es keine nennenswerten größeren Veränderungen im Verhältnis zu den Positionen des letzten Jahres. Nach Meinung seiner Fraktion müsse es weiterhin oberste Priorität sein, die Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Mitteln vorrangig zu erfüllen.

Seine Fraktion werde dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2008 zustimmen.

Herr Winfried Laucht (FBW) erklärte, dass die Gemeinde seit einiger Zeit keine Überschüsse mehr im Verwaltungshaushalt erwirtschaftete, was zur Schaffung von Finanzierungsspielräumen für Investitionen im Sinne einer Haushaltskonsolidierung zwingend erforderlich sei. Schwerpunkt müsse hier eine Reduzierung fortdauernder Ausgaben sein. Da alle zusätzlichen Maßnahmen mit Schulden finanziert würden, würden nachfolgende Generationen belastet. Man könne nicht nur immer klagen, dass Bund und Länder weitere Aufgaben auf die Gemeinden übertrügen, jeder Einzelne müsse sich die Frage stellen: Was tun wir?

Für seine Fraktion stehe die Notwendigkeit des Neubaus des Kindergartens Niederweimar außer Frage, mit der Vorgehensweise hinsichtlich Planung und Kostenermittlung sei allerdings seine Fraktion nicht einverstanden, da der Gemeindevertretung trotz mehrmaliger Aufforderung keine Alternativkonzepte vorgelegt worden seien. Selbst, als der Bauprozess schon begonnen hätte, sei der Gemeindevertretung keine aktuelle Kostenschätzung der zu diesem Zeitpunkt bereits vergebenen Projekte mit genauerer Kostenberechnung vorgelegt worden. Auch der vom Parlament genehmigte Anbau für die private Initiative sei ohne konkrete Kostenangaben, insbesondere auch zu den Folgekosten, nicht erfolgt. Seine Fraktion unterstütze ausdrücklich die Angebote privater Initiativen, lediglich die Vorgehensweise entspreche nicht den Vorstellungen seiner Fraktion.

Auch die Steigerung der Personalkosten könne von seiner Fraktion nicht nachvollzogen werden. Es sei insgesamt eine Steigerung von 8,4 % festzustellen, wobei nach Aussage des Bürgermeisters bezüglich der Tarifsteigerung lediglich 3 % eingerechnet wurden. Zu den verbleibenden 5 % habe seine Fraktion bereits im Ausschuss entsprechende Aufklärung vermisst. Die Aussage des Bürgermeisters, dass die interne Umsetzung die Gemeinde nichts kosten würde, werde nun in diesem und in den Folgejahren anders dargestellt.

Der Antrag auf Übergabe der Abwasseranlagen werde nun bereits seit einem halben Jahr in den unterschiedlichen Gremien diskutiert. Zunächst seien nur einseitige Zahlen präsentiert worden, die eine Abgabe als vorteilhaft erscheinen ließen. Als Gemeindevertreter habe er jedoch den Anspruch auf eine nach allen Seiten offene Information, denn nur so sei nach Meinung seiner Fraktion zu einem für die Gemeinde und die Bürgerinnen und Bürger positiven Ergebnis zu

kommen. Seine Fraktion sehe inzwischen aufgrund der Art des miteinander Kommunizierens keine vertrauensvolle Basis mehr.

Herr Laucht bemängelte auch, dass eine größere Fraktion dieses Parlamentes sich zu diesem Thema bisher äußerst bedeckt gehalten habe.

Im Haushaltsentwurf 2008 seien an Verzinsung und Abschreibung rund 400.000,-- € veranschlagt, um notwendige Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen. Jeder ordentlich wirtschaftende Unternehmer würde diesen Betrag zur Werterhaltung seines Vermögens auch einsetzen. Sofern es hier Rückstände geben sollte, sei mit diesem jährlichen Betrag auch ein Erhaltungsbedarf von 2 Mio. € darstellbar, zumal die Schäden der höchsten Gefährdungsklassen weitgehendst beseitigt seien.

Die aktuellen Abwassergebühren seien die niedrigsten im Landkreis, und das werde sicher auch so bleiben, selbst wenn eine maßvolle Erhöhung zur Deckung von kommenden Zusatzkosten, die aufgrund von Landesverordnungen notwendig werden, erforderlich seien. Seine Fraktion sehe in günstigen Abwassergebühren, neben kostengünstigen Lebensbedingungen, einen Baustein für günstige Vermarktungschancen von Wohnhäusern. So erscheine seiner Fraktion die Abgabe der Verantwortung für die Abwasserkanäle aus heutiger Sicht nicht erforderlich.

Für seine Fraktion, so Herr Laucht, war die Arbeit im Ausschuss hinsichtlich dieses Themas nicht zufriedenstellend, zunächst habe ein Angebot des ZMA vorgelegen, über das aber nicht konkret beraten wurde, da gleichzeitig der Abwasserverband Marburg ein Angebot unterbreiten sollte. Nach Vorlage weiterer angeforderten Unterlagen hätten sich bereits Gruppenmeinungen zementiert, ohne dass eine zielgerichtete Diskussion und die Entwicklung einer tragfähigen Lösung stattfand.

In der letzten HFWA-Sitzung habe dann zunächst über die Abgabe an den ZMA entschieden werden sollen, da sich diese Vorlage jedoch überholt hatte, sollte über eine Abgabe an einen Verband entschieden werden oder evtl. doch an den Abwasserverband Marburg? Vermutlich hätte, so Herr Laucht, keinem der Anwesenden der konkrete Entwurf des Vertrages vorgelegen, so dass keine Möglichkeit bestand, über den Inhalt des Vertrages sachorientiert zu diskutieren.

Nach Meinung seiner Fraktion werde das Angebot der Kinderbetreuung mit Standort-Kleinstlösungen zukünftig für die Eltern in kaum bezahlbaren Beiträgen münden und stelle somit eine verfehlte Finanzpolitik dar. So seien die Ausgaben in diesem Bereich im Vergleich zum Ansatz 2007 um mehr als 100.000,-- € angestiegen. Bereits bei der Jahresrechnung 2006 habe der gemeindliche Anteil mehr als 80 % betragen. Sicherlich werde der Kreis aufgrund des Deckungsgrades bei den Kindergärten Gebührenerhöhungen annehmen, denen man nicht ausweichen könne. Evtl. Zuschussmittel von Bund und Land würden hier wohl nur sehr reduziert in der Gemeinde ankommen. Natürlich sei es wichtig, in diesem Bereich attraktive Angebote vorzuhalten, jedoch müsse es für die Eltern bezahlbar bleiben. Zur Ergänzung der gemeindlichen Angebote seien seiner Fraktion private Initiativen, die die Unterstützung der Gemeinde erfahren sollten, willkommen.

Zukünftig werden Personal- und Sachkosten verstärkt die Gebührenhaushalte belasten. Bei Gebührenhaushalten, wie Bestattungskosten, Kindergärten und Bürgerhäuser werden die Nutzer der Einrichtungen zur Deckung herangezogen werden, da der Spielraum zum Einsatz von Steuern und Steuergeldern immer geringer werde und zwar so lange, bis das Angebot mangels Nachfrage nicht

mehr zu halten sei. Insofern sei die Interpretation in der Haushaltsrede von Bürgermeister Muth bezüglich des Themas Bürgerhaus von seiner Fraktion nicht nachzuvollziehen. In 2006 sei der Kostendeckungsgrad der Bürgerhäuser zwar nicht berauschend, aber immerhin der zweitbeste im gesamten Landkreis.

Für den Erhalt der Gemeindestraßen, den dringend erforderlichen Deichsanierungen, den Ausbau der Sportförderung und die Seniorenbetreuung bleibe im Haushalt 2008 kein bzw. nur geringer finanzieller Spielraum. Auch die Versprechungen für 2009 helfen hier nicht weiter, so Herr Laucht.

Er wolle zum Stichwort Seniorenbetreuung ergänzen, dass diese in Zeiten des demographischen Wandels, neben der Familien- und Jugendpolitik, an Bedeutung gewinnen werde. Die aus Vertretern jeder Fraktion gebildete Arbeitsgruppe 2020 – demographischer Wandel, sei nach wenigen Sitzungen zu diesem wichtigen Thema eingeschlafen. Vielleicht lag es daran, dass kein klarer Auftrag oder der falsche Ansatz gewählt wurde. Seine Fraktion sehe hier eine vertane Chance, gemeinsam an sinnvollen, wünschenswerten und realistischen Zielen zur Weiterentwicklung der Gemeinde zu arbeiten. Sicher wären hier interessierte Bürgerinnen und Bürger gerne zur Mitarbeit bereit. Wenn die Chancen und Risiken im Sinne der Weiterentwicklung unserer Gemeinde nicht erkannt werden, so Herr Laucht weiter, verspielen wir die Zukunft von Weimar unter dem Motto, um das Zitat des Bürgermeisters aus der Haushaltsrede aufzugreifen, „das Einzige, was man ohne Geld machen könne, seien Schulden“.

Seine Fraktion wünsche sich, dass man zum Wohle der Gemeinde zu einem gemeinsamen, sachlichen und vollumfänglichen Informationsaustausch komme. Seine Fraktion werde dem Haushalt 2008 zustimmen, obwohl man in der Sache zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen sei, um die Handlungsfähigkeit der Verwaltung nicht zu blockieren.

Danach erhielt Herr Christian Fischer (FDP) das Wort:

Herr Fischer erklärte, seine Fraktion erfreue die Tatsache, dass Mittel für Jugendarbeit, Vereine und Sportvereine in einem leicht erhöhten Ansatz in Haushalt eingestellt wurden.

Die Vereine leisteten mit ihrer Arbeit einen erheblichen Beitrag zur allgemeinen Jugendarbeit.

Er halte es unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsfähigkeit für ein zentrales Anliegen und für den Haushalt unabdingbar, die finanziellen Spielräume zurückzugewinnen, denn eine ausreichende Finanzausstattung sei der Kern der kommunalen Selbstverwaltung und Voraussetzung für notwendige Gestaltungsräume nachfolgender Generationen.

Nach Meinung seiner Fraktion sei auch die Gemeinde Weimar aus eigener Kraft dazu in der Lage, Einnahmen zu steigern bzw. zumindest das Niveau zu halten und auf der anderen Seite Ausgaben zu senken. Die Wege, solche Spielräume zu schaffen, seien vielfältig. Er nenne hier beispielhaft die Bildung von GmbH's, interkommunale Kooperationen und die Erhöhung der Kostendeckungsgrade. Bezüglich des letzten Punktes stünden der Gemeinde in nächster Zeit intensive Beratungen bevor.

Er bedankte sich im Namen seiner Fraktion für die von der Verwaltung bezüglich der Erstellung des Haushaltes geleistete Arbeit. Seine Fraktion stimme dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass ihre Fraktion grundsätzlich dem Haushalt im Ausschuss zugestimmt habe. Es gebe viele positive Dinge, wie die Dorferneuerung, die Jugendförderung, Vereinsförderung und eine Reihe von Dingen, die zuvor genannt wurden. Dennoch gebe es auch eine Reihe von kritischen Anmerkungen:

Die Erhöhung der Personalkosten sei für ihre Fraktion nicht nachvollziehbar und hausgemacht. Ihre Fraktion sage ja zu qualifiziertem Personal, die im Dienste für Einwohnerinnen und Einwohner tätig seien. Qualifiziertes Personal bedeute für ihre Fraktion auch qualifizierte Dienstleistung. Wenn allerdings aus machtpolitischem Kalkül ein Personalkarussell in Gang gesetzt werde, welches auf dem Rücken der Bediensteten und letztlich auch auf den zu Bedienenden ausgetragen werde, sage ihre Fraktion hierzu ein klares Nein.

Als Beispiel führte sie den Tausch der Ordnungsamts/Hauptamtsleitung an, die die Gemeinde zukünftig jährlich ca. 6.000,-- € kosten werde.

Die gestiegenen Kosten für Gerichte und Anwälte sollten dem Parlament, aufgeschlüsselt für ihre Verwendung, vorgelegt werden.

Herr Kurt Barth (stellvertr. Vorsitzender des Haupt-,Finanz- und Wirtschaftsausschusses) berichtete von den Beratungen im Ausschuss und dass der Entwurf des Haushaltsplanes mit seinen Anlagen Seite für Seite besprochen wurde und dass aufgetretene Fragen von Bürgermeister Muth beantwortet wurden. An 3 Haushaltsstellen seien Änderungen vorgenommen worden:
Auf Antrag von Herr Potthoff: „Unterhaltung der Sportplätze“ von 1.000,-- € auf 2.000,-- € und Ansatz „Sportplätze“ von 7.500,-- € auf 8.500,-- €
Auf Antrag von Frau Schneider: „Einrichtung der Jugendräume“ von 2.000,-- € auf 3.000,-- €

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beschlussfassung der vorliegenden Haushaltssatzung 2008 mit den Anlagen Haushaltsplan, Stellenplan und Investitionsprogramm mit den vorgenannten Änderungen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 mit den Anlagen (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) mit den vorgenannten Änderungen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

5. Übergabe der innerörtlichen gemeindlichen Abwasseranlagen an den Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke

Drucksache: 00/39/2007/06-11

Auf Wunsch des Bürgermeisters wurden seine folgenden Aussagen wörtlich übernommen:

„Bitte gestatten Sie mir zu diesem Tagesordnungspunkt einige, mir wichtig erscheinende Anmerkungen. Bevor wir in die Thematik einsteigen, bitte ich um Kenntnisnahme, dass ich dies als Bürgermeister der Gemeinde Weimar und nicht als Sprecher des Gemeindevorstandes tue. Ich bitte darum, meine Ausführungen als Wortprotokoll in das Sitzungsprotokoll zu übernehmen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit geraumer Zeit wurde und wird im Vorstand, in den Fraktionen, in den Ausschüssen und auch in der Vertretung über die Abgabe des innerörtlichen Kanalnetzes hin in einen Verband diskutiert.

In der letzten Ausschusssitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses wurde dazu dann eine Beschlussempfehlung abgestimmt. Ich habe lange überlegt, ob ich zu diesem TOP noch einmal das Wort ergreife und mich dann dazu entschieden.

Lasen Sie mich kurz einige der auch im Ausschuss genannten Argumente aufgreifen und Ihnen vor Ihrer Beschlussfassung noch einmal die fachlichen und sachlichen Hintergründe nennen.

Thema: Sanierungsaufwand und Kosten

Derzeit haben wir die letzten Sanierungen der Schadensklasse 0 und 1 aus dem alten Befahrungsergebnis des Jahres 2001 beauftragt. In den Klassen 2 bis 5 schieben wir ein Auftrags- und Sanierungsvolumen von etwa 2,1 Mio. € -basierend auf der Kostenschätzung von 2001 – vor uns her. Jetzt müssen wir bereits wieder mit den Wiederholungs-Befahrungen beginnen, die ebenfalls derzeit nicht kalkulierbare Kosten verursachen werden. Kanalsanierungsarbeiten im Rahmen der EKVO sind Pflichtaufgaben der Kommune. Abwasser ist Bestandteil des Gebührenhaushaltes und demzufolge werden Ausgaben die Höhe der Gebühren beeinflussen.

Auf Beschluss des Vorstandes vom 18.12.2007 wurde die Rücklage in Höhe von 27.000,- € eingesetzt, um die Erfassung und Bewertung des innerörtlichen Kanalnetzes extern zu beauftragen. Diese Ingenieurarbeiten können von unseren Vewaltungsmitarbeitern nicht geleistet werden. Die Vergabe ist notwendig, da bislang keine Entscheidung über eine evt. Abgabe durch die Vertretung getroffen worden ist. Dies wird im Nachtragshaushalt entsprechend berücksichtigt werden. Die Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens steht in diesem Jahr mit einem Betrag von zunächst 12.000,- € im Haushalt. Personalkosten in Höhe von mind. 55.000,- € verursacht die fachtechnische Betreuung.

Thema: Datenbank

Die Erfassung und Bereitstellung der gesammelten Daten der bisherigen Befahrungen ist mit dem Auftrag aus dem Jahr 2001 nicht beauftragt worden, wäre aber damals sehr günstig möglich gewesen. Spätestens im Zuge der Haushaltsumstellung muss diese Datenbank mühsam aus den gesammelten Daten „per Hand“ erstellt werden. Kosten hierfür mindestens 30.000,- €.

Thema: Verwaltungsaufwand

Bereits jetzt sind noch nicht alle Kostenanteile der Verwaltung in die Abwassergebühr eingerechnet. Ab dem 01.01.2009 muss dies aber sein und wird es auch. Der Kostenanteil lässt sich derzeit nicht genau beziffern, beläuft sich aber wohl auf etwa eine 0,75-Stelle und somit auf rd. 35.000,- €.

Thema: Gebührensicherheit

Im vorliegenden Vertragsentwurf des Abwasserverbandes Marburg wird Ihnen zugesichert, die Höhe der Gebühren definieren zu können. Über diese Möglichkeit bestimmen Sie direkt und alleine den vorzunehmenden Sanierungsaufwand – übernehmen natürlich aber auch die Verantwortung dafür. Wie in jedem ordentlichen Haushalt ist auch bei der Verbandsführung sichergestellt, dass Kosten und Erlöse ausschließlich gemeindebezogen berechnet werden. Zahlungen von und für andere Gemeinden sind ausgeschlossen. Auch der Verband wird kommunalrechtlich ge- und überprüft. Der eindeutige Vorteil der Kommunen liegt in der Nutzung der Fachkräfte, die aufwandsbezogen der jeweiligen Kommune angerechnet wird.

Ausgehandelt ist bei voller Zuständigkeit und Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben durch den Verband eine Gebührensicherheit von 3 Jahren ab Übertragung, d.h.: definitiv keine Gebührenerhöhung bei Abgabe an den Abwasserverband und somit Planungssicherheit für unsere Bürger. Auch in diesen 3 Jahren bestimmt die Gemeindevertretung die Sanierungsausgaben und die künftigen Gebühren je cbm Abwasser!

Thema: Finanzierung

Eine Übertragung des innerörtlichen Kanalnetzes bedeutet für die Gemeinde eine Einnahme in Höhe von etwa 3,4 Mio. €. Wäre im Jahre 2007 eine Übertragung erfolgt, hätte somit beispielsweise eine Kreditfinanzierung des Kindergartens Niederweimar nicht sein müssen; wir hätten unsere Schulden abbauen und weniger Geld für Kreditzinsen zu zahlen gehabt. Dadurch hätten mehr Straßen repariert, mehr Bordsteine instand gesetzt, eine stärkere Vereinsförderung stattfinden und mehr Spielgeräte montiert werden können, um nur einige Verwendungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Eine Rückübertragung ist bei Einhaltung der vertraglich zu vereinbarenden Fristen im Übrigen jederzeit möglich.

Thema; Mitbestimmungsmöglichkeit

Kraft Amtes wird die Gemeinde im Abwasserverband Marburg, der übrigens bereits die außerörtlichen Kanalanlagen wie Pumpstationen oder Klärwerke seit Jahren hervorragend betreut, durch den Bürgermeister vertreten. Zusätzlich werden die Interessen durch ein Mitglied der Verbandsversammlung vertreten, das die Gemeindevertretung wählt. Momentan ist dies der Gemeindevertreter Matthias Happel. Jede hier vertretene Kommune hat das Interesse einer absolut sparsamen Verbandsführung bei Einhaltung und Umsetzung aller gesetzlichen Vorgaben!

Thema: Interkommunale Zusammenarbeit

Ein kommunaler Zweckverband wie der Abwasserverband Marburg ist das lebendige Beispiel für sehr gut funktionierende kommunale Zusammenarbeit. Weitere Beispiele sind z.B. der kommunale Bauhof der Gemeind Lahntal und der Stadt Wetter oder aber der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke. An diesen, kurz ZMW, genannten Verband wurde bereits vor geraumer Zeit die Zuständigkeit unseres Trinkwassers übertragen. Eine Entscheidung zur Verbandslösung, die absolut richtig war und ist. Kommunale Verbände arbeiten im Übrigen ohne Gewinnerzielungsabsicht, dürfen dies auch gar nicht anders tun.

Thema: Zusätzliche Aufgaben

Die hessische Landesregierung plant, die privaten Hausbesitzer einer „privaten EKVO“ zu unterziehen. Alle im Zusammenhang damit stehenden Aufgaben sollen dem unterschriftsreifen Gesetzesvorschlag zufolge durch die örtlichen Kommunalverwaltungen erledigt werden. Alleine damit sind wir bei mindestens 3 zusätzlichen Stellen und somit einem geschätzten Kostenaufwand von etwa 160.000,-- €. Die Thematik „Getrennte Veranlagungen“ will ich hier vorsorglich gänzlich unerwähnt lassen.

Thema: 2008

In keinsten Weise sind bei den vorgestellten Kosten und Themen die Erweiterungen der Neubaugebiete eingeplant; Gesetzesänderungen berücksichtigt oder Ähnliches.

Nach der derzeitigen Kostenermittlung und bei Umsetzung der Beschlussempfehlung des HFWA werden unausweichlich Gebührenerhöhungen auf unsere Bürgerinnen und Bürger zukommen, die unabwendbar sind. Ein Beschluss der Nichtabgabe an den Abwasserverband kostet jeden nach meiner Überzeugung bares Geld. Dieser Verantwortung müssen Sie sich bewusst sein und sich ihr stellen –auch dem Bürger gegenüber!

Thema: Sonstiges

Meine sehr verehrten Damen und Herren, stellenweise habe ich in den Diskussionen den Begriff „Tafelsilber“ gehört. Ich möchte dies an dieser Stelle aufgreifen und gestatte mir hierzu einige Bemerkungen.

Die innerörtlichen Kanalanlagen mögen für den Einen oder Anderen sehr wohl zum Tafelsilber der Gemeinde gehören. In diesem Kontext gehört aber auch der deutliche Hinweis, dass dies dann nur ein Drittel des so genannten Tafelsilbers ist. Dieses Drittel kann heute auch nur noch als angelaufen und fleckig bezeichnet werden – wenn auch in noch besserem Zustand als in vielen anderen Gemeinden. Die beiden anderen Drittel bestehen aus den außerörtlichen Anlagen, als da sind unsere Kläranlagen und Pumpstationen sowie unserem Trinkwasser. Die beiden Letztgenannten sind aus gutem Grunde bereits seit Jahren einer Verbandslösung übertragen worden (beim Trinkwasser seit 1996/1997), bei den außerörtlichen Kanalanlagen bereits seit 1978), um für unsere Bürgerinnen und Bürger eine hervorragende Trinkwasserqualität und funktionierende Anlage gewährleisten zu können. Warum wohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben sich in der Vergangenheit bereits Kommunen mit diesen wichtigen Aufgaben zusammen getan? Warum wohl haben Sie bzw. Ihre Vorgänger bei diesen beiden Bereichen bereits eine Verbandslösung beschlossen?. Weil es eine schlechte Lösung wäre? Mit Sicherheit doch nicht! Sie stehen jetzt vor der Entscheidung, den richtigen, logischen und konsequenten dritten Schritt tun zu müssen und unsere innerörtlichen Kanäle ebenfalls in den Verband zu überführen.

Und auch die Zugehörigkeit zu einer Partei befreit Sie nicht von der Verpflichtung, zum Wohle der Bürger zu entscheiden. Auch ich gehöre einer Partei an. Ich bin Mitglied in zahlreichen Vereinen wie z.B. Förderverein der Gesamtschule und der Alten Kirche, FFV, Sportvereinen etc., um nur einige Beispiele zu benennen. Dennoch habe ich die Aufgabe und die Pflicht, nicht nach Partei- oder Vereinszugehörigkeit oder sonstigen Vorgaben zu entscheiden, sondern danach, was für die Gemeinde und unsere Bürgerinnen und Bürger das Beste ist. Das habe ich getan und tue es auch weiterhin –auch in dem Wissen, es dabei nicht allen immer Recht machen zu können.

Die Entscheidung der Abgabe der innerörtlichen Kanalanlagen bedeutet:

- der Besitz geht über, das Eigentum bleibt der Gemeinde!
- Keine Darstellung im ersten doppischen Haushalt mit all den Konsequenzen, als da wären: ausgeglichener Gebührenhaushalt, wertmäßige Erfassung, derzeit nicht oder kaum kalkulierbare Ausgaben für Personal, Befahrung und Instandsetzung.
- Verlässliche Finanzplanung in den nächsten Jahren.

- Gebührensicherheit beim Abwasser.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Überlegungen einer Verbandslösung kein ausschließlich Weimarer Thema ist, mögen Sie auch an folgenden Punkten erkennen können:

Die Hinterlandgemeinden Bad Endbach (CDU-Bürgermeister), Dautphetal (parteiunabhängiger Bürgermeister), Angelburg (SPD-Bgm.). Steffenberg (parteiunabhängiger Bgm.), Breidenbach (SPD-Bgm.), Biedenkopf (CDU-Bgm.) und die Stadt Bad Laasphe geben ihre gesamten Kanalanlagen in einen Verband. Die entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird derzeit kommunalaufsichtlich geprüft.

Die Gemeinden und Städte Gladenbach (CDU-Bgm.), Lahntal (SPD-Bgm.), Neustadt (CDU-Bgm.), Wetter (parteiunabhängiger Bgm.), Rauschenberg (SPD-Bgm.), Münchhausen (parteiunabhängiger Bgm.) und Fronhausen (parteiunabhängiger Bgm.) haben sich im Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke zusammengeschlossen.

Die Kommunen wie Ebsdorfergrund, Wohratal, Kirchhain und Amöneburg, die das innerörtliche Kanalnetz noch selbst betreiben, liegen mit ihren Gebühren – bezogen auf die geprüften Zahlen des Jahres 2005- deutlich über 4,00 €/je cbm Abwasser!

Wenn Sie sich heute dafür entscheiden, unsere innerörtlichen Kanalanlagen **nicht** in einen Verband abzugeben, **sind Sie in der Pflicht**, den Bürgerinnen und Bürgern auch zu erklären, warum unsere Gebühren in diesem Jahr, allerspätestens aber im kommenden wohl deutlich über 3,00 € steigen werden. Dann sind Sie in der Pflicht und in der Verantwortung, die Verwaltung finanziell und personell so auszustatten, dass die anstehenden Aufgaben in 2008 und den Folgejahren auch erledigt werden können.

Ich prognostiziere Ihnen schon heute: die Kosten beim Abwasser werden in den kommenden Jahren auf über 4,00 € ansteigen, wenn die Kanalanlagen nicht in einen Verband abgegeben werden.

Heute mehr denn früher ist es eben so, dass die kleinen Kommunen von den großen partizipieren. Wer das nicht möchte, wer interkommunale Zusammenarbeit ablehnt, der muss auch die Konsequenzen tragen. Die Zeche allerdings werden unsere Bürgerinnen und Bürger zahlen müssen und das wäre heute vermeidbar.

Im diesem Sinne bitte ich Sie nachdrücklich um Zustimmung, die gemeindlichen innerörtlichen Kanalanlagen spätestens zum 01.01.2009 an den Abwasserverband Marburg zu übertragen.

Vor einer eventuellen Beschlussfassung, sehr geehrter Herr Vorsitzender, bitte ich, darüber nachzudenken, ob nicht die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen werden kann.

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.“

Der stellvertr. Vorsitzenden des HFWA, Herr Kurt Barth, berichtete von den Beratungen im Ausschuss, indem er die Ausführungen aus dem Protokoll des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 23.01.2008 wiedergab:

„ Herr Bürgermeister Muth erläuterte den bisherigen Sachverhalt und wies darauf hin, dass nach Befahrung der Abwasseranlagen die Kosten für die

Sanierungsmaßnahmen auf 2,1 bis 2,6 Mio. € geschätzt wurden. Hinzu kämen noch die Kosten für eine fachliche Unterstützung in Höhe von ca. 55.000,-- € jährlich. In diesem Zusammenhang habe der Gemeindevorstand zunächst die Beauftragung einer fachlichen Unterstützung bis zu einem Betrag in Höhe von der Abwasserrücklage (27.000,-- €) beschlossen. Der Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke habe sein Angebot zur Übernahme der Abwasseranlagen auf die Übernahme der bestehenden Schulden (1 Mio. €) beim Abwasserverband Marburg beschränkt. Das Angebot des Abwasserverbandes Marburg zur Übernahme der Abwasseranlagen habe sich nicht verändert und bestehe in der ursprünglichen Form. Es müsse bei einer teilweisen neuen Befahrung der Abwasseranlagen auch mit anderen Ergebnissen der Schadensbilder gerechnet werden, die höhere Kosten ergeben könnten. Weitere Zusatzkosten würden für die Erstellung einer Datenbank über das Kanalnetz entstehen. Vom Gesetzgeber sei vorgesehen, für die privaten Hausanschlüsse eine Eigenkontrollverordnung zu beschließen, wobei die Verwaltungsleistung von den Kommunen zu erbringen sei.

Herr Barth nahm Bezug auf die Kostenaufstellung und wies darauf hin, dass ohne die Aufnahme von neuen Schäden ein Kostenaufwand von zusammen ca. 2,2 Mio. € errechnet wurde.

Herr Dr. Dittrich vertrat die Auffassung, dass die Kosten auch bei einem Verband entstehen würden.

Frau Schneider führte aus, dass die Abwasserbeseitigung eine wichtige Hoheitsaufgabe sei, die bei der Gemeinde verbleiben sollte, um somit auch Einfluss auf die Gebührengestaltung ausüben zu können.

Herr Fischer erklärte für seine Fraktion (FDP), die Abwasseranlagen vorerst nicht abzugeben.

Herr Laucht stellte fest, dass seine Fraktion (FBW) eine Abstimmung zur Übertragung der Anlagen bereits vor einigen Wochen beantragt habe.

Herr Dr. Dittrich wies darauf hin, dass die in Aussicht gestellte Ablösesumme eine Gegenleistung darstelle, die von Bürgern durch zweckgebundene Gebühren erbracht worden sei. Er bezweifle daher, ob eine Abgabe der Abwasseranlagen rechtlich zulässig sei.

Herr Muth teilte mit, dass dieses Verfahren bereits in anderen Gemeinden mehrfach umgesetzt wurde und die Rechtmäßigkeit von den übernehmenden Verbänden geprüft worden sei.

Der Ausschuss empfahl mehrheitlich, die innerörtlichen gemeindlichen Abwasseranlagen nicht abzugeben.“

Herr Dr. Dittrich (CDU) erklärte, dass die versuchte positive Darstellung der Abgabe der gemeindlichen Abwasseranlagen, die der Gemeinde 3,4 Mio. € einbringe, eine Verblendung der Mitglieder dieses Parlamentes und der Bürgerinnen und Bürger sei. Dieser Betrag von 3,4 Mio. €, die der Verband aufzubringen habe, müsse er natürlich von irgendwo herhaben, und zwar seien das u.a. die Gebührenleistungen der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde, was bedeute, dass diese die Anlagen ein zweites Mal bezahlen. Zunächst sei die Errichtung und Sanierung bezahlt worden. Jetzt erhalte die Gemeinde für die Abgabe zwar 3,4 Mio. €, die an anderer Stelle eingesetzt werden sollen, jedoch sei der Betrag nicht geschenkt. Die entstehenden Kosten, gleich, ob sie bei der Gemeinde oder dem Verband entstünden, seien identisch. Das Einzige, was erreicht werde durch die Abgabe, sei eine weitere Abgabe der Verantwortung, in

dem Fall an den Verband, wie bereits andere Verantwortungen ebenfalls abgegeben wurden, so z.B. die Vermarktung der Baugebiete an die HLG.

Die Abgabe dieser Verantwortungen seien in keinem Fall nur kostensparend, wie das derzeit versucht werde, darzustellen. So lange diesbezüglich keine klaren Aussagen und Zahlen vorgelegt werden können, werde seine Fraktion einer Abgabe der Abwasseranlagen nicht zustimmen können.

Bezüglich der Aussage nach der Garantie der Gebühren für 3 Jahre, ergänzte Herr Dr. Dittrich, dass nach der Bindungszeit sicherlich mit einer massiven Anhebung der Gebühren zu rechnen sei, zumal bei den Kommunen, die bereits derzeit dem ZMA angehören, die Gebührenhöhe bis deutlich über 4,-- € gehe.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass die Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen eine zentrale Aufgabe der Gemeinde gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern sei, die sie zu erbringen und auch zu sichern habe. Hier gehe es traditionell um eine Dienstleistung im Bereich der Daseinsfürsorge. Die Gemeinde schwäche ihres Erachtens mit der Abgabe ihre ureigenen Rechte. Bisher können sich die gemeindlichen Abwassergebühren sehen lassen. Aller Voraussicht nach werde eine Abgabe der Kanäle steigende Abwassergebühren nach sich ziehen.

Sicherlich werden die Abwassergebühren auch dann steigen müssen, wenn die Gemeinde die Kanäle nicht abgebe, ihre Fraktion gehe allerdings von einer moderaten und kontrollierteren Anhebung aus, auch wenn sie ihren Pflichten bezüglich der Kanalkontrolle und Sanierung nachkomme, so wie dies in der Vergangenheit immer der Fall war.

Ihre Fraktion werde gegen eine Übernahme der Kanalanlagen durch Dritte stimmen. Der politische Wunsch zur Selbstverwaltung sei für sie vorrangig.

Zum Thema Rückübertragung fragte Frau Schneider, woher die finanziellen Mittel genommen werden sollen, die man ja dann anderweitig verteilt und eingesetzt habe, so dass diese Option nicht sehr realistisch sei.

Herr Kurt Barth (SPD) erklärte, dass er teilweise den Ausführungen von Dr. Dittrich folgen könne, jedoch gehe es darum, Personalausgaben zu bündeln, wie hier bei dem Fachpersonal des Verbandes, wodurch Einsparungsmöglichkeiten gegeben seien.

Bezüglich der Ausführungen von Frau Schneider hinsichtlich der hoheitlichen Aufgaben meinte er, dass ihm dann die Versorgung mit Trinkwasser, welche ja ebenfalls bereits an einen Verband abgegeben wurde, bei der Gemeinde hätte verbleiben können.

Herr Winfried Laucht (FBW) führte aus, dass seine Fraktion hier ebenfalls eine hoheitliche Aufgabe der Gemeinde sehe und dass bei einer Übergabe an einen Verband in der Zukunft befürchtet werden müsse, dass eine Privatisierung erfolge. Diese elementaren Dinge der Versorgung gehören nach Meinung seiner Fraktion in die gemeindliche Hand.

Herr Matthias Happel (CDU) erklärte, dass die Abwasserverbandsleitungen ab 2009 auch an die Stadtwerke Marburg übergehen. Er halte eine zusätzliche Übernahme des gemeindlichen Kanalnetzes für eine weitere Einschränkung der gemeindlichen Mitbestimmung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, beantragte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Stephan Wenz, eine namentliche Abstimmung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die innerörtlichen Abwasseranlagen an den Abwasserverband Marburg zu übertragen.

Beratungsergebnis:	Ja	Nein	Enthaltung
Ahrens, Reinhard		X	
Ammenhäuser, Konrad		X	
Barth, Kurt	X		
Dr. Dittrich, Christian		X	
Fischer, Christian		X	
Grün, Helle		X	
Happel, Matthias		X	
Heuser, Gunther		X	
Hoß, Heijo		X	
Kisslinger, Jost Hendrik		X	
Koch, Siegfried	X		
Knobloch, Doris	X		
Kraft, Tanja	X		
Kraiker, Ansgar		X	
Krantz, Christina		X	
Laucht, Winfried		X	
Möller, Manfred		X	
Muzzolini, Barbara	X		
Pfeffer, Rainer		X	
Rabenau, Jürgen	X		
Schneider, Lydia		X	
Schmidt, Hans-Heinrich		X	
Stahl, Hilmar		X	
Wege, Elisabeth		X	
Wenz, Stephan	X		
Beratungsergebnis:	7 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen		

6. Prüfantrag der SPD hinsichtlich eines Wechsels der Stromenergielieferanten

Drucksache: 20/1/2008/06-11

Der Antrag wurde von Frau Doris Knobloch (SPD) vorgetragen:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Strombezugspreise sämtlicher Stromanbieter zu prüfen und einen Vertrag mit einem günstigerem Stromlieferanten über die künftige Energieversorgung der Liegenschaften der Gemeinde Weimar (Lahn) abzuschließen.

Dabei ist dem Bezug von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gegenüber herkömmlichen Energiequellen der Vorzug zu geben.

Begründung:

Nachdem einige Stromanbieter angekündigt haben, ihre Strombezugspreise ab dem 01.01.2008 um ca. 10 % zu erhöhen (z.B. e.on), ist es notwendig zu prüfen, ob durch einen Wechsel des Anbieters zu erwartende Kostensteigerungen für die

Gemeinde Weimar (Lahn) hierdurch vermieden werden könnten. Eine solche Prüfung kann neben einer möglichen Kostensenkung der Strombezugspreise für die Gemeinde auch einen notwendigen und wichtigen Beitrag zum Klimaschutz ergeben, wenn sich hierdurch der Anteil erneuerbarer Energiequellen erhöhen lässt.

Herr Hilmar Stahl (CDU) erklärte, dass seine Fraktion davon ausgehe, dass der Kämmerer regelmäßig die Strompreise überprüfe. Seine Fraktion gehe davon aus, dass der Antrag impliziere, dass ein Lieferant gesucht werde, der Strom aus erneuerbaren Energien anbiete, obwohl man sich darüber im Klaren sein müsse, dass die „alternativen“ Stromanbieter derzeit preislich noch nicht mit den herkömmlichen Energielieferanten mithalten könnten. Es sollten also nicht nur die Preise, sondern auch die Bedingungen und Verpflichtungen gegenübergestellt werden.

Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) stellte zunächst den Antrag auf Überweisung der Angelegenheit in den Ausschuss, da es sich aber um einen Prüfantrag an den Gemeindevorstand handelt, wurde der Antrag nicht weiter aufrechterhalten.

Herr Winfried Laucht (FBW) erklärte, dass der Bürgermeister in der letzten HFWA-Sitzung erklärt habe, dass der Gemeindevorstand bereits Aktivitäten entwickelt habe hinsichtlich der Stromkosten. Dies wurde von Bürgermeister Muth bestätigt. Er bat darüberhinaus um Aussage, in welchem Umfang Angebote eingeholt werden sollen. Die antragstellende Fraktion erklärte, dass die Stromanbieter innerhalb Deutschlands abzufragen seien.

Herr Christian Fischer (FDP) begrüßte die Überprüfung der anbietenden Stromlieferanten. Für ihn stelle sich jedoch die Frage, unter welchen Voraussetzungen einem Stromlieferanten aus erneuerbaren Energien der Vorzug gegeben werden solle. Solle grundsätzlich der günstigste Ökostromanbieter präferiert werden oder sollen andere Zahlen eine Gegenüberstellung finden.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Stephan Wenz, konkretisierte noch einmal, dass es um die Senkung von Kosten gehe und in diesem Zusammenhang natürlich auch geprüft werden solle, inwieweit erneuerbare Energiequellen genutzt werden können.

Herr Ansgar Kraiker (Bündnis 90/Die Grünen) verwies darauf, dass geprüft werden müsse, ob nicht eine evtl. europaweite Ausschreibung notwendig sei, die dann natürlich auch wieder finanziellen Aufwand bedeute.

Bürgermeister Muth erklärte, dass das alles zu prüfen sei, der Antrag enthalte nur die Energieversorgung der Liegenschaften der Gemeinde, zu dem Strombezug gehöre natürlich auch die Straßenbeleuchtung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Antrag der SPD-Fraktion zur Prüfung an den Gemeindevorstand zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

7. Anfragen

Mündliche Anfragen:

1. Dr. Dittrich (CDU) erklärte, dass der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede bei der Einbringung des Haushaltes erklärt habe, dass aufgrund einer

fehlerhaften Vertragsgestaltung im Zusammenhang mit einer Erstattung von Ausbildungskosten durch einen ausgeschiedenen Bediensteten nicht einbringlich sei. Er wüsste gerne, was es damit auf sich habe.

Bürgermeister Muth erläuterte, dass er das gerne erklären wolle. Da sich die Angelegenheit jedoch derzeit noch in einem laufenden Verfahren mit dem ehemaligen Bediensteten, mit der neuen Dienststelle und dem Hessischen Städte- und Gemeindebund befinde, könne er derzeit keine Aussagen machen. Sobald das Verfahren beendet sei, werde er darüber berichten.

2. Jost-Hendrik Kisslinger (CDU) führte aus, dass Bürgermeister Muth in der letzten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses erklärt habe, dass keine weiteren Interessenten für das Mischgebiet „Unterm Hundsrück“ im OT Roth, außer dem bereits bekannten Investor, der Tankstelle, Waschanlage und Restaurant plane, vorhanden seien.

Es stellten sich für seine Fraktion 3 Fragen:

- a) Wie ist der aktuelle Stand der Verkaufsbemühungen. Welche Anstrengungen seien unternommen worden, um Interessenten zu aquirieren, die einwohnhausähnliche Bebauung wie Arztpraxen oder Kanzleien planen sowie
- b) weitere Interessenten im Hinblick auf die Verträglichkeit mit der angrenzenden Bebauung und
- c) wie können zukünftig alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Gemeinde für eine adäquate Vermarktung dieses Gebietes unter Berücksichtigung der Situation der Menschen vor Ort habe.

Herr Kisslinger bat um schriftliche Beantwortung dieser Fragen an alle Fraktionen.

3. Bürgermeister Muth erklärte, dass die Beantwortung der Anfragen von Herrn Hans J. Heuser (FBW) aus der letzten Parlamentssitzung bisher aus urlaubs- und krankheitsbedingten Gründen nicht beantwortet werden konnte. Dies werde Ende dieser Woche, Anfang nächster Woche erledigt werden.
4. Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) bat, dass die schriftlichen Antworten an die Fraktionen auch jeweils in der Öffentlichkeit vorgestellt werden, da die Öffentlichkeit an der Beantwortung dieser Anfragen ein berechtigtes Interesse habe, dem nachgekommen werden sollte.

In diesem Zusammenhang erklärte Frau Schneider, dass die schriftliche Beantwortung der Anfragen des Fraktionsvorsitzenden der FBW, Herrn Hans J. Heuser, nach der Pflegeberatungsstelle in der Verwaltung, die allen Fraktionen zugestellt werden sollte, nicht nur bei der CDU-Fraktion nicht angekommen sei. Auch ihre Fraktion habe bis zum heutigen Tag keine schriftliche Antwort vorliegen.

8. Verschiedenes

1. Herr Bürgermeister Muth gab folgende Termine bekannt:

22.02.2208, 17.00 Uhr, Gründungsversammlung des Vereins Region Marburger Land in der Kreisverwaltung.

18.02.2008, 14.00 Uhr, Richtfest zum Kindergarten Niederweimar auf dem Gelände des Kindergartens.

2. Bürgermeister Muth gab bekannt, dass ihm ein Anschreiben des Mobilfunkanbieters O2 vorläge, der im OT Niederwalgern einen weiteren Sendemast auf Siloanlagen zwischen Niederwalgern und Wenkbach aufstellen wolle. Die Mitteilung sei an die Ortsbeiräte weitergegeben worden mit der Bitte um Stellungnahme.
3. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, gab weitere Termine bekannt:

02.02.2008: Ausstellung des Kaninchenzuchtvereins Niederweimar.

Die nächsten Sitzungstermine finden wie folgt statt:

03.03.2008 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,

04.03.2008 Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss,

05.03.2008 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss,

13.03.2008 Gemeindevertretung

Ende der Sitzung: 21.50 Uhr.

Der Vorsitzende:

Im Original unterschrieben
(Heijo Hoß)

Die Schriftführerin:

Im Original unterschrieben
(Rita Rohrbach)